

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

100 (19.11.1949)

ETTTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag, durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 13 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65.

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 19. November 1949

97r. 100

Besprechungen vor dem Abschluß

Adenauer erstattet dem Kabinett Bericht —
Noch keine Einzelheiten verlaubar

Von unserem TP-Korrespondenten
v.W. Bonn. Bundeskanzler Dr. Adenauer erstattete am Freitag dem Kabinett einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren im Ansehung an die Pariser Außenminister-Konferenz.

Nach einer Erklärung des stellvertretenden Bundespressescheffs Dr. Bök auf einer Pressekonferenz in Bonn ist mit einem baldigen erfolgreichen Abschluß dieser Besprechungen zu rechnen. Das Kabinett hat den Bericht des Kanzlers „sehr günstig“ aufgenommen. Dr. Bök sagte, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen keine Einzelheiten verlaubar werden könnten, betonte jedoch, daß die Gespräche des Kanzlers mit den Hohen Kommissaren in freundschaftlichem Geiste geführt würden.

Am Dienstag wird Bundeskanzler Dr. Adenauer seine Besprechungen mit der alliierten Hohen Kommission fortsetzen.

Das Bundeskabinett befand sich in seiner Freitag-Sitzung ebenfalls mit der Situation, die sich durch und nach der Debatte im Bundestag über außenpolitische Probleme ergeben hat und untersuchte im einzelnen die Angriffe der Opposition. Zu den sozialdemokratischen Vorwürfen, die Bundesregierung würde mit der Anerkennung des Ruhrstatuts eine schwere Hypothek aufnehmen, sei das Kabinett nach Ansicht von Dr. Bök zu der Auffassung gelangt, daß eine Anerkennung des Statuts keine Rechte abtreibe, die nicht jetzt schon den Alliierten vorbehalten wären. Darüber hinaus müsse berücksichtigt werden, daß die drei der Bundesrepublik zugefallenen Sitze derzeit von Vertretern der Hohen Kommission wahrgenommen würden und bei einer Anerkennung durch Deutsche ausgefüllt werden könnten. Schließlich sehe der Artikel 33 des Statuts eine Revision vor und der Artikel 32 bestimme, daß das Abkommen nur bis zu einer Friedensregelung in Kraft bleibe.

Das Kabinett bekannte sich zu der Auffassung, daß die Kritik der Opposition an den positiven Erscheinungen einer Anerkennung des Statuts, wie eine Beendigung der Demontagen und einer deutschen Mitarbeit in internationalen Organisationen vorbeizugehen sei.

Vizekanzler Blücher berichtete dem Kabinett über den derzeitigen Stand der ECA-Verhandlungen, die den Abschluß eines bilateralen Abkommens mit den Vereinigten Staaten zum Ziel haben.

Das Kabinett verabschiedete dann die bereits bekannte Rechtsverordnung über die Notaufnahme Deutscher im Bundesgebiet. Nach Mitteilungen von Dr. Bök sind die Ausführungen des britischen Außenministers Bevin über das Deutschland-Problem vor dem Unterhaus nicht Gegenstand der Erörterungen im Kabinett gewesen.

„Sprachregelung“ der Bundesregierung

Von unserem TP-Korrespondenten
v.W. Bonn. Zu einer heftigen Debatte zwischen dem stellvertretenden Bundespressescheff Dr. Bök und Journalisten kam es am Freitag nachmittag auf einer Pressekonferenz in Bonn, als Dr. Bök versuchte, die neue Pressepolitik der Bundesregierung zu verteidigen.

Bekanntlich haben sowohl das Ministerium für Wirtschaft als auch das Ministerium für Verkehr Verordnungen erlassen, denen zufolge allen Beamten und Angestellten dieser Ministerien mit Ausnahme der zuständigen Pressereferenten die Erteilung von Auskünften an die Presse bei Androhung von Disziplinarstrafen untersagt worden ist. Die anwesenden Pressevertreter erklärten mit Nachdruck, daß durch derartige Methoden ihre Arbeit nicht nur erschwert, sondern auch die Zusammenarbeit mit den genannten Ministerien erheblich beeinträchtigt würde.

Dr. Bök gab zu, daß sich die von den beiden Ministerien erlassenen Anordnungen mit der Auffassung der Bundesregierung und der des Bundeskanzlers decken. Er sagte, daß der Kanzler für die Führung der Politik verantwortlich sei und daß bei den teilweise noch weit zerstreuten Ministerien eine einheitliche Pressepolitik nur dann gewährleistet sei, wenn sie nach entsprechenden Grundsätzen durchgeführt würde. Der stellvertretende Bundespressescheff behauptete weiter, daß durch die Verordnungen der beiden Ministerien für Wirtschaft und Verkehr die Pressearbeit „energieeinhaltiger“ als erschwert worden sei. Zweck dieser Anordnungen sei es u. a., den „frühlichen Krieg“ zwischen den einzelnen Teilen verschiedener Ministerien zu verhindern, nachdem sich herausgestellt habe, daß die Auffassungen einzelner untergeordneter Dienststellen nicht immer der des zuständigen Ministers gleichen und daß diese subalternen Amtsstellen nicht in der Lage seien, die Maßnahmen der verantwortlichen Minister Schritt für Schritt zu überprüfen. Es sei das Bestreben der Bundesregierung, „echte Informationen“ an die Presse herauszugeben. Dr. Bök stellte aber nicht in Abrede, daß alle Presseverordnungen der einzelnen Ministerien zu-

nächst den zuständigen Presseferenten zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, um von dort an die Bundespressestelle zur Veröffentlichung weitergeleitet zu werden.

Die in Bonn akkreditierten Journalisten erblickten hierin nicht nur eine erhebliche zeitliche Verzögerung, sondern auch die Möglichkeit, Presseverlautbarungen zu zensieren und in bestimmtem Sinn zu beeinflussen. Von einem Journalisten wurde darauf hingewiesen, daß das noch immer in Kraft befindliche alliierte Beamtengesetz die Beamten verpflichtete, der Presse Auskunft zu geben.

Dr. Bök entgegnete diesem Einwand, daß die Bundesregierung nicht der Auffassung sei, daß das Gesetz Nr. 15 noch in Kraft ist.

Zunächst etwa 40 Schiffe?

Eine Erklärung des Bundesverkehrsministers

Berlin (TP). Bundesminister Seehofer erklärte am Freitag auf einer Tagung der Verkehrsminister der westdeutschen Länder, die deutsche Bundesregierung hoffe, bald mit dem Bau von Ozeandampfern beginnen zu können, da sich die britischen, amerikanischen und französischen Sachverständigen in dieser Frage geeinigt haben. Seehofer fügte hinzu für den dringenden Bedarf würden etwa 40 Schiffe mit mindestens 16 Knoten Geschwindigkeit ausreichen.

In London wird dazu erklärt, daß die Zahl, Tonnage und Geschwindigkeit der deutschen Schiffe durch Verhandlungen zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung festgesetzt werden.

Gäste aus USA bei Adenauer

Bonn (TP). Bundeskanzler Adenauer empfing am Freitag eine Gruppe amerikanischer Kongreßmitglieder, die der Kommission für Auswärtiges angehören. Diese Gruppe bereist Europa, um den Fortschritt in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Grund des Marshallplans und anderer amerikanischer Aktionen festzustellen. Der parlamentarischen Mission der Vereinigten Staaten gehören auch Vertreter des Staatsdepartements und des Armyministeriums an.

Geistige Brücke

zwischen Deutschland und Frankreich

Es gibt nur eine direkte Verbindungsstelle in der amerikanischen Zone von Deutschland nach Paris, das ist das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg. Die französische Zone wurde bisher in dieser Hinsicht reich bedacht. Dort gibt es an allen größeren Orten derartige Institute, und an kulturellen An-

Churchills Ungeduld

London's Presse zur Unterhausdebatte

London (TP). Die englische Presse befand sich in ihren Freitag-Ausgaben ausführlich mit den scharfen Angriffen, die Winston Churchill im Unterhaus gegen die außenpolitische Erklärung Bevin's richtete.

Die „Times“ schreiben in diesem Zusammenhang: „Bevin's unbestimmte gehaltene Erklärungen über Deutschland und Europa haben enttäuscht. Trotzdem sind fast alle Abgeordneten sich darin einig, daß die Regierung in den allgemeinen Grundzügen der Politik den richtigen Weg eingeschlagen hat. Es sind große Fortschritte erzielt worden, seit vor zwei und drei Jahren die Kommunisten nahe daran schienen, in Frankreich und Italien an die Macht zu gelangen und Westdeutschland noch ohne Hoffnung für die Zukunft dastand.“

Die liberale Zeitung „News Chronicle“ verweist in ihrem Leitartikel darauf, daß Churchills Angriff auf Bevin seit langem sein erster bemerkenswerter Vorstoß gegen den Außenminister war. Churchills Ungeduld sei verständlich, schreibt das Blatt, er dürfe jedoch nicht Parteipolitik zu stark mit Außenpolitik vermengen.

Der gleichfalls liberale „Manchester Guardian“ stimmt Churchills Kritik an der britischen Außenpolitik im großen und ganzen zu und stellt lakonisch fest: „Die Demontagen hätten längst abgeschlossen sein sollen.“

Churchill hatte in seiner Rede u. a. die verspätete Demontage in Deutschland bemängelt, weil sie besonders gefährlich in einem Zeitpunkt sei, in dem die Deutschen ihre Meinung darüber bei den Wahlen frei zum Ausdruck bringen könnten. Das sei Wasser auf die Mühle jener deutschen Kreise, die gegen die westliche Demokratie eingestellt sind. Churchill warf Bevin weiter vor, daß er die Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat nicht für genügend dringlich halte. Die nächste Tagung der Beratenden Versammlung sollte vorverlegt werden, damit Deutschland so schnell wie möglich aufgenommen werden könne.

„Durch Bevin's Schuld“, so sagte Churchill wörtlich, „hat die Regierung wegen ihrer zögernden Haltung in der Frage der Europäischen Union an Einfluß eingebüßt.“

knüpfungspunkten nach Frankreich fehlt es wahrhaftig nicht.

Um der Ludwigsburger Einrichtung, die nun auf ein dreivierteljähriges Bestehen zurückblickt, die genaue Bestimmung zu geben, wurde in den Eröffnungssprachen, die von Carlo Schmid und dem französischen Professor, Vermeil von der Sorbonne, in großem Rahmen abgehalten wurden, darauf hingewiesen, daß man keinen Wert darauf lege, kulturelle Beziehungen anzuknüpfen, die nur als Vorspann für politische Zwecke benützt würden. Professor Carlo Schmid hat energisch gegen jede derartige Absicht von französischer Seite protestiert und sein Veto eingelegt. Er und zahlreiche andere prominente Vertreter der deutschen und französischen Öffentlichkeit haben die Patenschaft für das neue Gebilde übernommen. Eine kleine Brücke zwischen den beiden Ländern sollte als Beitrag zu der großen europäischen Union errichtet werden.

Zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge von bekannten Persönlichkeiten aus Frankreich, denen an einer deutsch-französischen Verständigung gelegen ist, wechselten miteinander ab. Ofters kamen auch Professoren und Dozenten aus Tübingen, um aus ihren Fachgebieten zu berichten. Zu diesen Abenden fand sich eine erfreuliche Zuhörerschaft ein.

Private Kaufhäuser werden enteignet

Berlin (TP). Im sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk ist zur Zeit eine politische Säuberungsaktion im Gange. 26 Redakteure und mehrere andere Mitarbeiter des Senders wurden fristlos entlassen. Gegen den vor einiger Zeit abgesetzten Intendanten des Berliner Rundfunks, Schmitt, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Die in der Ostzone bestehenden privaten Kaufhäuser sollen nach einer Mitteilung des stellvertretenden Ministerräsidenten Walter Ulbrich am 1. Januar 1950 enteignet werden. Die Kaufhäuser unterstehen von diesem Zeitpunkt an der Aufsicht der sogenannten Freien Handelsorganisation.

Der Polizeipräsident von Ostberlin, Paul Markgraf, soll sich nach neuesten Informationen im Konzentrationslager Sachsenhausen befinden. Wie verlautet, wird Markgraf von dem Politbüro der SED vorverurteilt, er habe mit der jugoslawischen Militärmission in Berlin in Verbindung gestanden. In Kreisen der Volkspolizei ist man der An-

sicht, daß die endgültige Entscheidung über den Fall Markgraf in Moskau fallen werde. Als Auftakt zur Feier des 70. Geburtstages Stalins wurde im „Haus der Sowjetkultur“ in Berlin ein Vortrag über den sowjetischen Staatschef gehalten. Ein russischer Major bezeichnete Stalin als den größten Politiker der Gegenwart und den Lenin von heute. Der russische Sprecher beendete seine Ausführungen mit den Worten: „Generalissimus Stalin gestattet keine Lobeshymnen über seine Person.“

Freispruch eines Gauleiters bestätigt

Düsseldorf (SWK). Von der Anklage des Verbrechens gegen die Menschlichkeit war vor einigen Monaten der ehemalige Gauleiter des Gaues Düsseldorf, Florin, freigesprochen worden. Der Freispruch führte zu größeren Demonstrationen seitens der KPD. Außerdem hatte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwurgerichts Berufung eingelegt. Der Strafsenat des Obersten Gerichts der britischen Zone hat nunmehr die eingelegte Revision verworfen und damit das freisprechende Urteil der ersten Instanz bestätigt.

In Sachen Mathilde Ludendorff

München (TP). Am kommenden Mittwoch beginnt bei der Hauptprüfkammer in München die Verhandlung gegen die 52jährige Mathilde Ludendorff. In seiner Anklageschrift beantragt der Generalkläger, die Betroffene in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen. Er betonte, daß nicht die Religionsphilosophie Mathilde Ludendorffs Gegenstand des Prozesses sei. Sie wird vielmehr beschuldigt, daß sie zusammen mit ihrem Mann herausgegebenen Schriften für die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus Propaganda gemacht zu haben.

Vor einer Münchner Spruchkammer begann das Berufungsverfahren gegen den ehemaligen General Waller von Unruh, der während des zweiten Weltkrieges unter dem Namen „Heldenklaus“ bekannt war. Die erste Instanz hatte den Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen eingestuft und für 5 Jahre in ein Arbeitslager verwiesen. Gegen diesen Spruch legte Unruh Berufung ein.

Wegen Spionage verurteilt

„Kampf gegen Reaktion noch nicht beendet“
Prag (TP). Der Prager Staatsgerichtshof fällte am Freitag das Urteil gegen eine Gruppe von 35 Angeklagten, die der Spionage für eine fremde Macht und der Organisation einer Geheimgruppe zum Sturz des volksdemokratischen Regimes sowie der Sabotage an der tschechoslowakischen Wirtschaft angeklagt waren.

Der Führer dieser Gruppe, ein früherer tschechoslowakischer Polizeioffizier, der im Februar 1948 entlassen worden war, wurde zum Tode verurteilt; die Todesstrafe wurde dann aber in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Die Urteile gegen die übrigen 34 Angeklagten lauten auf Zwangsarbeit von 2 bis zu 1 Jahr.

Die tschechoslowakische Regierung verhaftete in den letzten Tagen weitere fünfzehn Mitglieder der verbotenen Sozialistischen Partei, der auch der verstorbene Präsident Dr. Benesch angehörte und gab erneut zu verstehen, daß der Kampf gegen die Reaktionen noch nicht beendet sei. Das Informations- und Aufklärungsministerium kündete die Errichtung von Volkshochschulen an, in denen die Staatsbürger im Sinne von Marx und Lenin erzogen werden sollen.

Als neueste Sozialisierungsmaßnahme in der Tschechei sind nun auch die Antiquitätenge-

Daneben werden regelmäßige Kurse zur Grammatik, Literatur und Konversation durchgeführt. Fremdsprachlicher Unterricht wurde von einer französischen Lektorin aus Tübingen gegeben. Der Institutsleiter, Herr Dr. Schenk, stellte fest, daß in letzter Zeit das Interesse für die französische Sprache angewachsen und die Zahl seiner Schüler im Zunehmen begriffen sei. Ein Zeichen, daß die Englisch-Interessen zurückgehen!

Das Institut verfügt bereits über eine ganz ansehnliche Bibliothek französischer Autoren. Seine Räume in der Kurfürstenstraße sind behaglich und mit Geschmack eingerichtet, für eine größere Besucherzahl sind sie allerdings zu klein.

Im selben Gebäude befindet sich die Ortsgruppe der „Union der europäischen Föderalisten“, die in enger Zusammenarbeit mit dem Institut steht. Die eindrucksvolle Veranstaltung von dieser Seite war wohl der Besuch des Direktors der Europa-Union, Dr. von Schenk und des ehemaligen französischen Ministers Pierre Fresnay.

Unter anderem wurde damals auch — es mag ein seltener Moment gewesen sein — von diesem Franzosen das deutsche Flüchtlingsproblem in seiner ganzen Schärfe aufgegriffen. Ein Beweis, daß hier eine internationale Basis geschaffen ist.

Es ist erstaunlich, welcher Internationalität sich durch diese beiden Einrichtungen die Stadt Ludwigsburg rühmen kann. Der alte Residenzcharakter der Stadt, von der einst Pöden in alle Länder Europas liefen, scheint eine Renaissance zu erleben. R.H.

Im Berliner Rundfunk

Private Kaufhäuser werden enteignet

Berlin (TP). Im sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk ist zur Zeit eine politische Säuberungsaktion im Gange. 26 Redakteure und mehrere andere Mitarbeiter des Senders wurden fristlos entlassen. Gegen den vor einiger Zeit abgesetzten Intendanten des Berliner Rundfunks, Schmitt, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Die in der Ostzone bestehenden privaten Kaufhäuser sollen nach einer Mitteilung des stellvertretenden Ministerräsidenten Walter Ulbrich am 1. Januar 1950 enteignet werden. Die Kaufhäuser unterstehen von diesem Zeitpunkt an der Aufsicht der sogenannten Freien Handelsorganisation.

Der Polizeipräsident von Ostberlin, Paul Markgraf, soll sich nach neuesten Informationen im Konzentrationslager Sachsenhausen befinden. Wie verlautet, wird Markgraf von dem Politbüro der SED vorverurteilt, er habe mit der jugoslawischen Militärmission in Berlin in Verbindung gestanden. In Kreisen der Volkspolizei ist man der An-

In Sachen Mathilde Ludendorff

München (TP). Am kommenden Mittwoch beginnt bei der Hauptprüfkammer in München die Verhandlung gegen die 52jährige Mathilde Ludendorff. In seiner Anklageschrift beantragt der Generalkläger, die Betroffene in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen. Er betonte, daß nicht die Religionsphilosophie Mathilde Ludendorffs Gegenstand des Prozesses sei. Sie wird vielmehr beschuldigt, daß sie zusammen mit ihrem Mann herausgegebenen Schriften für die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus Propaganda gemacht zu haben.

Vor einer Münchner Spruchkammer begann das Berufungsverfahren gegen den ehemaligen General Waller von Unruh, der während des zweiten Weltkrieges unter dem Namen „Heldenklaus“ bekannt war. Die erste Instanz hatte den Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen eingestuft und für 5 Jahre in ein Arbeitslager verwiesen. Gegen diesen Spruch legte Unruh Berufung ein.

Wegen Spionage verurteilt

„Kampf gegen Reaktion noch nicht beendet“
Prag (TP). Der Prager Staatsgerichtshof fällte am Freitag das Urteil gegen eine Gruppe von 35 Angeklagten, die der Spionage für eine fremde Macht und der Organisation einer Geheimgruppe zum Sturz des volksdemokratischen Regimes sowie der Sabotage an der tschechoslowakischen Wirtschaft angeklagt waren.

Der Führer dieser Gruppe, ein früherer tschechoslowakischer Polizeioffizier, der im Februar 1948 entlassen worden war, wurde zum Tode verurteilt; die Todesstrafe wurde dann aber in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Die Urteile gegen die übrigen 34 Angeklagten lauten auf Zwangsarbeit von 2 bis zu 1 Jahr.

Die tschechoslowakische Regierung verhaftete in den letzten Tagen weitere fünfzehn Mitglieder der verbotenen Sozialistischen Partei, der auch der verstorbene Präsident Dr. Benesch angehörte und gab erneut zu verstehen, daß der Kampf gegen die Reaktionen noch nicht beendet sei. Das Informations- und Aufklärungsministerium kündete die Errichtung von Volkshochschulen an, in denen die Staatsbürger im Sinne von Marx und Lenin erzogen werden sollen.

Als neueste Sozialisierungsmaßnahme in der Tschechei sind nun auch die Antiquitätenge-

schäfte verstaatlicht worden. Die kostbarsten Kunstgegenstände, die sich in diesen Geschäften befanden, wurden den Museen von Prag, Olmütz und Ostrau übergeben.

Israels Gesandter in Bukarest zurückgetreten

Tei Aviv (TP). Die Beziehungen zwischen Israel und Rumänien haben sich weiter verschlechtert. Der israelische Gesandte in Bukarest ist zurückgetreten. In Berichten heißt es, der Gesandte sei vor kurzem beleidigt worden, als er im Zusammenhang mit der Durchsichtung eines israelischen Schiffes, der „Constanza“, durch rumänische Behörden eingegriffen wurde.

Infolge dieses Zwischenfalls hat der Ministerpräsident von Israel, Ben Gurion, den rumänischen Außenminister, Frau Anna Pauker, in einer öffentlichen Rede scharf kritisiert. Der rumänische Gesandte in Tei Aviv protestierte daraufhin dagegen, daß Frau Pauker beleidigt worden sei. Die Angelegenheit hat noch dadurch weitere Bedeutung gewonnen, daß Frau Paukers Bruder am Freitag aus Israel nach Rumänien abgereist ist. Er soll, wie es heißt, im Auftrag der Regierung von Israel mit seiner Schwester sprechen.

Clay: Das ist richtig!

„Nur durch Praxis zur Demokratie“

New York (TP). Der frühere amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Clay, begrüßt vor der Handelskammer des Staates New York die heutige Deutschlandpolitik der Westmächte. Es sei erfreulich, daß die Vollmachten der Bundesregierung erweitert würden. Eine solche Politik sei richtig, weil eine Regierung nur durch die Praxis zur Demokratie gelangen könne.

Stüberungsaktion auf wissenschaftlicher Basis

Dresden (TP). Der SED-Landesvorsitzende in Sachsen, Ernst Lohagen, kündigte vor Funktionären der Partei an, daß nach Abschluß von Neuwahlen innerhalb der SED eine Säuberungsaktion von systematischer Genauigkeit beginnen werde. Die SED, so sagte er, werde auf wissenschaftlicher Basis von „trotskistischen Agenten“ gesäubert werden. Jeder einzelne müsse eine stärkere revolutionäre Wachsamkeit entfalten und Abweichungen von der Generallinie der Partei sofort aufzeigen. Die „entarteten Elemente“ hätten keine Rücksicht mehr zu erwarten.

Die CDU in Sachsen hat bei der letzten Sitzung der sächsischen Blockparteien ihre Zustimmung zu einer Entschließung über die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze verweigert. Zuvor war es über die von der SED vorgelegte Entschließung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der CDU und der SED gekommen.

Das SED-Politbüro will gegen die Gewährung von Weihnachtsgratifikationen in der russischen Besatzungszone Stimmung machen. Die Gratifikationen werden als ein Überbleibsel der untergegangenen bürgerlichen, kapitalistischen Zeit bezeichnet. Der fortschrittliche Arbeiter, so glaubt das SED-Politbüro, lehne ein solches Almosen ab. Außerdem könnten es sich die volkseigenen Wirtschaftsbetriebe nicht leisten, Millionenbeträge als Weihnachtsgratifikationen zu verschüttern, ohne dafür eine entsprechende Arbeitsleistung zu erhalten.

Das Schulungsthema der Sozialistischen Einheitspartei für den Monat Dezember lautet: „Stalin, der beste Freund des deutschen Volkes“. Die Abteilung Parteischulung des SED-Vorstandes hat angeordnet, daß die politischen Schulungen der Partei während des ganzen Monats unter diesem Leitwort zu stehen haben.

Das Geheimnis der Mafia

„Rebellen“ im Dienste des Großgrundbesitzes — Femegerichte gegen Anhänger der Agrarreform

Von unserem TP-Korrespondenten

A. Rom. Sizilien, das klassische Trinakria der Griechen, die subtropische in jeder Beziehung eigenartige Landschaft mit ihrer ebenso eigenartigen Mischbevölkerung, blickt nach Afrika hinüber. Es verkörpert — poetisch ausgedrückt — fast eine Sehnsucht nach den fernsten Zeiten, da Phöniker und Karthager, Mäuzer und Byzantiner das Eiland bevölkerten, bevor die Römer, die Normannen, die Spanier und die Italiener kamen. Alle diese Völker haben hier geherrscht, und alle haben sichtbare Spuren ihrer Kultur hinterlassen. Man denke nur an die Amphitheater in Taormina oder Syrakus, an die Tempelruinen von Segesta und Agrigento, an die roten morgenländischen Kuppeln des Klosters San Giovanni degli Eremiti oder an die prachtvolle Normannenkathedrale in Palermo mit dem Grab des Stauferkaisers Friedrich II.

Rebellisch — aus Tradition. Aber neben kulturgeschichtlichen Bauwerken haben die einstigen Eroberer noch ein anderes, nach außen weniger sichtbares Erbe hinterlassen, das im anarchischen Wesenszug der Bevölkerung weiterschlämmt: die Abspaltung gegen jede Staatsmacht und Zentralgewalt, eine tiefverwurzelte Polizeifurchenschaft, die sich während der jahrhundertalten Fremdherrschaft als natürlicher Widerstand oder als passive Reaktion herauskristallisiert hat. Es ist der Geist eines ausgesprochenen Rebellionstums, der in so typischen Einzelgängern traditioneller Banditenschaft, wie Giuliano, zum Ausdruck kommt, der Geist der „fuorilegge“, der außerhalb der Gesetze Lebenden, wie ihn die gefährliche Geheimorganisation der Mafia seit über einem halben Jahrhundert verkörpert.

Vom „Rächer der Enterbten“... Die Mafia ist ähnlich wie die seinerzeitige Camorra in Neapel ein Geheimbund, der sich aus „wildromantischem“ Verbrechertum zu einer straffen, fast alle Schichten der Bevölkerung umfassenden Organisation entwickelt hat, und dessen Aufgabe, je nach Umständen und Gelegenheiten, sich im Laufe der Jahrzehnte wiederholt änderte. Zuerst

Am 20. November 1889 fand die feierliche Eröffnung des Suez-Kanals statt. Die Yachten der Kaiserin Eugénie von Frankreich, des Kaisers von Österreich und 44 weitere Schiffe durchfuhren erstmals den neuen Kanal, der sich als eines der rentabelsten Projekte der kapitalistischen Welt erwies. Aber die Durchführung dieser Idee war nicht einfach. Zahlreiche Hindernisse wurden Ferdinand de Lesseps, dem Erbauer des Kanals, von Vertretern der Finanz, Politik und Wirtschaft in den Weg gelegt. Dieser schöpferische Geist erschreckte seine Zeitgenossen durch kühne Pläne. Zur selben Zeit, als er schon mit dem Durchstich des Kanals beschäftigt war, schlug er verschiedenen Finanzgruppen und Regierungen die Anlage eines Binnenmeeres in Afrika und den Bau einer Eisenbahn durch Zentralasien vor.

1854 hatte Lesseps die Idee des Kanalbaus aufgegriffen. Schon im folgenden Jahre lief er von zwei Ingenieuren, die im Dienste des Vizekönigs von Ägypten standen, die ersten Skizzen anfertigen. Vizekönig Mohammed Said genehmigte das Projekt 1856, aber der Bau wurde erst 1863 in Angriff genommen. Lesseps mußte die Talente eines Berufsdiplomaten entfalten, um fünfzehn Staatskanzleier in fünfzehn verschiedenen Ländern für seinen Plan zu gewinnen. Er war gezwungen gleichzeitig den Beherrschern Ägyptens zu überzeugen, den türkischen Sultan zu beruhigen und englischen Intrigen entgegenzutreten. In Paris stützte er sich auf die Kaiserin und Baron Fould, um den Widerstand des Herzogs von Morny und der Rothschilds zu überwinden.

Als Grundkapital benötigte Lesseps für den Anfang 500.000 Francs, die von einer aus 101 Personen bestehenden Gesellschaft aufgebracht wurden. Im Laufe der Zeit teilte man jeden A Teil in zehn Teile auf und diese wieder in hundert. Heute repräsentieren die an der Börse notierten Anteilsscheine der Gründer den tausendsten Teil der im Jahre 1859 eingezahlten Summe. Der Wert der „Suez-Gründeraktie“, die mit annähernd 90.000 Frs notiert wird, entspricht einem Tausendstel des Anteils von 1854, der fünf Francs wert war.

Das Anfangskapital war bald verbraucht. Lesseps aber hatte sich inzwischen die Gunst des Vizekönigs erworben und zu wiederholten Malen öffnete Mohammed Said seine Schatullen. Außerdem stellte er für die Erdarbeiter 25.000 Fellachen als Fronarbeiter zur Verfügung. Als Gegenleistung erhielt er ein beträchtliches Aktienpaket, das aber sein Sohn Ismail zu Geld machte, als er an die Macht kam. 1875 bot dieser die Aktien der französischen Regierung an. Die zögerte so lange, bis der britische Ministerpräsident Disraeli auf Anraten Baron Rothschilds und des Vorsitzenden der Bank von Frankreich das ganze Aktienpaket erwarb. Auf diese Weise wurde England, das bisher dem Kanalprojekt feindlich gegenüber stand, zum Hauptaktionär des Unternehmens und gewann entscheidenden Sitz und Stimme im Verwaltungsrat.

Am Maßstab jener Zeit gemessen, war der Bau ein ganz ungeheures und außergewöhnliches Unternehmen. Der Kanal hatte eine Länge von 162 Kilometer. Um ihn zu durchstechen mußten 75 Millionen Kubikmeter Erde und Sand bewegt werden, von denen ein Drit-

stelle sich der Geheimbund — dessen Existenz infolge der höheren Popularität der Giuliano heute weniger bekannt ist — in den Dienst der Unterdrückten und von Gesetzes wegen Verfolgten. Die Mafia zog von den Großgrundbesitzern und der begüterten Klasse regelmäßige Steuern ein. Wer die vorgeschriebenen Abgaben verweigerte, verfiel ihrer erbarmungslosen Rache. Seine Tage waren gezählt.

zur Schutztruppe des Kapitals Benito Mussolini war es dank dem rücksichtslosen Durchgreifen piemontesischer Truppen gelungen, in den Jahren 1923/24 der Mafia ein — freilich nur vorübergehendes — Ende zu bereiten. Bald nach der Besetzung Siziliens durch die alliierten Truppen flackerte die Tätigkeit des Geheimbundes erneut auf. Er stellte sich vorerst in den Dienst der sizilianischen Separatisten, die eine endgültige Lostrennung der Insel vom italienischen Mutterland auf ihre Fahne geschrieben hatten. Als diese Bestrebungen bei den Alliierten keinen Widerhall fanden, änderte die Mafia ihre Ziele und trat auf die Seite der Großgrundbesitzer, die ihre Latifundien- und Feudalherrschaft gegen die geplante Agrarreform im Rom zu verteidigen hatten.

Die Mitglieder der Mafia, die dank ihrer Anonymität besonders gefürchtet sind, überwachen heute die Halbpächter und das Landproletariat. Sie üben gegen widerspenstige abgabepflichtige Kleinbauern, die im Dienste der in den Ställen lebenden Agraradligen stehen, eine eigenmächtige Justiz auf Grund von Femegerichten und terrorisieren die Landbevölkerung in dem fast unzugänglichen Innern der Insel, sobald diese sich für den „Kommunismus“ — gemeint ist die Agrarreform — der Regierung De Gasperi anfällig zeigt.

Und trotzdem populär! Und nun das unverständliche, aber typisch sizilianische Phänomen: trotz ihrer sozialen Tätigkeit wird die Mafia vom Volk gegen die römische Zentralgewalt geschützt. Man gibt ihr vor den Carabinieri Unterschluß, man informiert die „mafiosi“, wenn Gefahr im Anzug ist und tut, wenn die Hüter der öffentlichen Ordnung erscheinen mit viel Geschick so, als existiere überhaupt kein Geheimbund und als ob seine Umtriebe aberne Erfindungen einer sensationalistischen Presse wären.

80 Jahre Suezkanal

teil unter den Salzseen lag. Der Arbeitslohn betrug bei freier Kost pro Tag 3—4 Piaster je Fellache. Der Bau sollte in zehn Jahren durchgeführt werden. Bald aber wurde der vom Khediven gestellte Frondienst aufgehoben und die Gesellschaft mußte 10.000 freie Arbeiter einstellen, die nur durch höhere Löhne herangeholt werden konnten. Trotz der fortschreitenden Mechanisierung erforderte das Unternehmen im Jahre 1866 noch die Bewegung von 40 Millionen Kubikmeter Erdmassen, während die Gesellschaft ihr gesamtes Kapital, ungefähr 110 Millionen flüssiges Geld verausgabte hatte.

Lesseps kam damals in die allergrößten finanziellen Schwierigkeiten. Die Gesellschaft hatte 1864 dem Markt für 100 Millionen Obligationen angeboten, aber nur 40 Millionen wurden gezeichnet. Als es endlich so weit war, daß der Kanal 1870 in Betrieb genommen werden konnte, lag die Gesellschaft in den letzten Zügen. Die 500 Fr.-Aktien waren auf 208 Francs gefallen und die Aktionäre mußten sich mit einem 60 prozentigen Verlust ihres Kapitals abfinden. Erst nachdem England die Aktien des Vizekönigs von Ägypten erworben und seine feindliche Haltung aufgehoben hatte, nahm der Verkehr auf dem Kanal beträchtlich zu. Die Aktien stiegen. 1890 wurden sie mit 1075 Francs, 1899 mit 2348 Francs und 1900 schon mit 3600 Francs notiert. Derjenige, der diese Aktien während ihres tiefsten Standes erworben hatte, wurde zum Kapitalisten, da der Wert der Papiere innerhalb von 30 Jahren auf das Achteinfache stieg.

Auch heute noch ist der Suezkanal ein blühendes Geschäft. Die „Allgemeine Suezkanal Gesellschaft“ verwaltet unbehindert den von ihr auf eigene Kosten angelegten Seeweg und ihre Verwaltungs- und Unterhaltungskosten sind verhältnismäßig gering. Zur Deckung der Unkosten ist die Gesellschaft berechtigt, eine bestimmte Gebühr von den

Das Leben in der Atomstadt Los Alamos — Öffentlicher Ausschank von Alkohol verboten

Tief im Süden der USA, nicht weit von der alten spanischen Gouverneurstadt Santa Fe entfernt, liegt Los Alamos, ein wichtiges Produktionszentrum der amerikanischen Atom-bombenindustrie. Noch vor wenigen Jahren war Los Alamos ein gutverlassenes Nest auf dem gleichnamigen Plateau und mindestens 99 Prozent der amerikanischen Bevölkerung völlig unbekannt. Heute gibt es in den USA wohl kaum einen erwachsenen Menschen, der noch nie etwas von Los Alamos gehört hat.

Es begann im Jahre 1943

Es war im Jahre 1943, als ein amerikanischer Major nach einem abgelegenen, gut zu überwachenden Platz für den Aufbau der Laboratorien zur Herstellung von Atombomben suchte und dabei auf Los Alamos verfiel. Die Arbeiten wurden in aller Eile und streng geheim durchgeführt. Nur wenige der an dem Bau beteiligten Arbeiter und Ingenieure wußten, was sie bauten. Heute ist das Geheimnis längst gelüftet. Um so strenger sind jedoch die Überwachungsmaßnahmen in der Stadt, um zu verhindern, daß sich feindliche Agenten Material über die Laboratorien und Werkstätten verschaffen können. Jeder zehnte Einwohner von Los Alamos, das inzwischen auf neuntausend Einwohner angewachsen ist, ist Polizist oder Detektiv.

Es ist nicht ganz leicht, ohne offiziellen Auftrag in die Stadt hineinzukommen. Dabei sind die Werkstätten und Laboratorien noch besonders durch Mauern und hohe eiserne Gitter abgegrenzt. Diese Areale, die wiederum in Sperrbezirke unterteilt sind, können nur mit Sonderausweisen betreten werden und zwar jeweils nur der Bezirk, der auf dem Passierschein vermerkt ist. Zum Kern der Atomwerkstätten haben nur einige wenige Wissenschaftler und ihre Helfer Zugang.

Schwer bewaffnete Wachen

Wenn man mit dem Wagen auf der neuen Autostraße von Santa Fe heraufkommt und auch einer Stunde Los Alamos erreicht, dann muß der Fahrer vor einem riesigen Tor, das entfernt an Stadttore in China erinnert, stoppen. Schwerbewaffnete Wachen lassen sich die Papiere vorweisen. Neben dem Tor erhebt sich ein gewaltiger Wachturm, auf dem die Läufe von Maschinengewehren zu sehen sind. Hinter dem Tor selbst sind einige Panzer aufgeföhren, deren Rohre sich dem Ankömmling drohend entgegenrecken. Die Bewohner von Los Alamos haben Dauerpassierscheine, die ihnen den Zugang zur Stadt ohne weitere Formalitäten erlauben. Fremde Besucher müssen sich erst in einen Kontrollraum begeben, wo sie und ihre Papiere sorgsam auf Herz und Nieren geprüft werden. Ist alles in Ordnung, dann kann der Besucher in die Stadt hinein, nicht jedoch in die technischen Areale, die durch eine noch weit strengere Bewachung abgesperrt sind.

Die Bewohner von Los Alamos haben sich inzwischen an die dauernden Kontrollen, an die steten Ermahnungen in Gesprächen vorichtig zu sein, gewöhnt. Sie haben sich auch an die Atombomben gewöhnt, die sie zwar nicht zu sehen bekommen, von denen sie auch nicht wissen, wo sie lagern und wann sie jeweils abtransportiert werden. Nur einige nervöse Gemüter leben in der Angst vor einer Atomkatastrophe, die die ganze Stadt mit einem Schlag vernichten könnte.

Parties gegen Langeweile

Um nach Möglichkeit zu unterbinden, daß Bewohner von Los Alamos, die mit der Atombombenproduktion zu tun haben, unter dem Einfluß von Alkohol irgendwelche Geheimnisse ausplaudern könnten, ist der öffentliche Ausschank von Alkohol im Stadtbezirk verboten worden. Sehr viel Sinn hat diese Maßnahme insofern nicht, als dann eben in Privat-Gesellschaften Alkohol getrunken wird.

Reisenden und für die Waren zu erheben, die durch den Kanal transportiert werden. Natürlich werden die Tarife entsprechend der Bedeutung des erwiesenen Dienstes kalkuliert. Wie verlautet, berechnet die Gesellschaft ihre Dienstleistungen 2,6 mal über dem Selbstkostenpreis. Hierbei ist aber nicht zu übersehen, daß der Kanal den Schiffen den kürzesten Weg zwischen den Mittelmeer- und Atlantikhäfen einerseits und den Häfen des Indischen Ozeans und des fernsten Ostens andererseits öffnet. Während der Seeweg zwischen London und Bombay um das Kap der Guten Hoffnung 10.721 Seemeilen beträgt, sind es nur noch 6.250, wenn das Schiff seinen Weg durch den Kanal nimmt. Im Laufe der Jahre hat der Verkehr durch den Kanal ganz beträchtlich zugenommen. Während 1870 nur 466 Schiffe durch den Kanal fuhren und die beförderte Warenmenge sich auf 436.609 Tonnen belief, konnte 1948 die Rekordzahl von 8688 Durchfahrten mit einer Tonnage von 55.081.058 registriert werden. Diese Zahlen sprechen für sich und lassen ahnen, welches gutes Geschäft die Suez-Kanal Gesellschaft macht. V. I.

Hagelkerne — wie Tennisbälle

Unwetter in Süd-Afrika — 45 Schwerverletzte. Johannesburg (TP). Ein schweres Unwetter, das von starkem Hagelschlag begleitet war, ging über Pretoria nieder. Die größten Hagelkerne hatten die Form von Tennisbällen. Ein Europäer ist getötet, 45 Europäer und Afrikaner sind lebensgefährlich verletzt worden. Der Sachschaden wird auf 250.000 Pfund geschätzt.

Schneesturm über Nord-Japan

Vierzig Küstenfahrzeuge vermisst

Tokio (TP). Die nördlichste und größte japanische Insel Hokkaido wurde von einem schweren Schneesturm heimgesucht. Vier Küstenfahrzeuge sind gesunken. Vierzig weitere werden vermisst. Der Eisenbahnverkehr mußte teilweise stillgelegt werden. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt.

Jeder zehnte ist Polizist

Die Bewohner von Los Alamos leiden etwas unter Langeweile, und so werden fast täglich irgendwelche Parties arrangiert. Das Clubleben spielt ebenfalls eine große Rolle in der Atomstadt. Ein modernes Kino ist inzwischen fertiggestellt worden und erfreut sich reger Zusage.

Die Wissenschaftler, die mit ihren Familien in Los Alamos leben, bilden gewissermaßen eine Kaste für sich. Sie haben sich besonders strengen Geheimhaltungsmaßnahmen zu unterwerfen. Sie werden vor allem immer wieder daran erinnert, daß sie auch ihren Frauen gegenüber nichts sagen dürfen, was mit der Produktion von Atombomben zusammenhängt. Sie mußten sich auch verpflichten, erst fünf Jahre nach Ablauf ihres Auftrages ins Ausland zu reisen.

Unter fieberhaftem Druck

Man könnte Los Alamos als ein wissenschaftliches Kloster des 20. Jahrhunderts bezeichnen, würde sich das Leben dort in gewisser Beschaulichkeit abspielen. Doch davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Das Leben in Los Alamos steht unter dem Druck der Produktionsausweitung und Produktionsbeschleunigung. Die technischen und wissenschaftlichen Anlagen werden fieberhaft vervollkommen und ausgebaut.

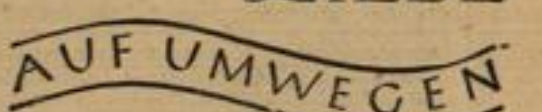
Dieses Wachstum, das immer mehr Menschen nach Los Alamos zieht, hat seine Schattenseiten: die Stadt selbst kommt bei diesem Wachstum nicht mehr mit, so daß in der Atomstadt starker Wohnungsmangel herrscht. Häufig hausen die Wissenschaftler mit ihren Familien noch in Baracken oder recht wenig komfortablen Serienhäusern. Sie haben immer wieder Mahnrufe an die Regierung gerichtet, endlich ein Wohnungsbauprogramm für Los Alamos durchzuführen. Der Kongreß, der die Milliardenbeträge für die Atomrüstung bewilligt hat, scheint jedoch nicht bereit zu sein, einige weitere Millionen für Wohnungsbauten in der Atomstadt bereitzustellen.

Japan nimmt Überseedienst wieder auf. Die japanische Handelsmarine wird in Kürze den Übersee-Dienst wieder aufnehmen. Wie aus Tokio verlautet, wird Japan dadurch jährlich etwa 250 Millionen Dollar für Frachtkosten sparen. (TP)

Unser neuer Roman

beginnt am Dienstag, den 22. November

Er trägt den Titel **LIEBE**



AUF UMWEGEN

Der Roman beginnt am Feldberg im Schwarzwald. Er schildert das Leben eines einfachen Bauernbuben, der durch Zügeligkeit und Ausdauer zu einem bekannten Wintersportler wird. Aus einer herrlichen Freundschaft mit einem schwedischen Sportnadel wird eine zarte innige Liebe, die aber durch eine glühende und temperamentvolle Amerikanerin gestört wird. Auf vielen Umwegen findet der Held wieder zu sich und seiner ersten Liebe zurück.

Der Roman schildert packend nicht nur die winterlichen Sportkämpfe, er leuchtet auch tief hinein in das menschliche Herz und führt uns aus dem engen Schwarzwald in die weite Welt.